

Steigende Corona-Zahlen

## Bald mehr Hessen in Quarantäne

**Die geplante Neuregelung für Reiserückkehrer ist in Hessen umstritten. Denn die Infektionszahlen steigen nicht nur wegen der Urlauber. Die Gesundheitsämter erwägen „Zwangsabsonderungen“ für Quarantäneverweigerer.**



© Xinhua / eyevine / laif

Vom Testzentrum in die Quarantäne: Hessen will rigider vorgehen bis hin zu „Zwangsabsonderungen“.

In der hessischen Landesregierung herrscht Uneinigkeit im Umgang mit der Pandemie. Nach Informationen dieser Zeitung sprach sich Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) am Dienstag in der Sitzung der Unionsfraktion vehement gegen den Vorschlag der Gesundheitsminister in Bund und Ländern aus, die erst kürzlich eingeführte sofortige Testpflicht für Rückkehrer aus Risikogebieten wieder abzuschaffen.

Danach sollen diejenigen, die aus Risikogebieten einreisen, sich zunächst in Quarantäne begeben. Diese sollen sie im Unterschied zur jetzigen Regelung erst dann verlassen dürfen, wenn in einem frühestens fünf Tage nach der Einreise gemachten Test ein negatives Ergebnis vorgewiesen wird. Bislang müssen Reisende, die in Risikogebieten waren, sich unmittelbar nach der Einreise testen lassen, wenn sie keinen maximal 48 Stunden alten negativen Test vorlegen können.

## FAZ.NET komplett

Zugang zu allen exklusiven F+Artikeln. Bleiben Sie umfassend informiert, für nur 2,95 € pro Woche.

JETZT 30 TAGE KOSTENFREI TESTEN

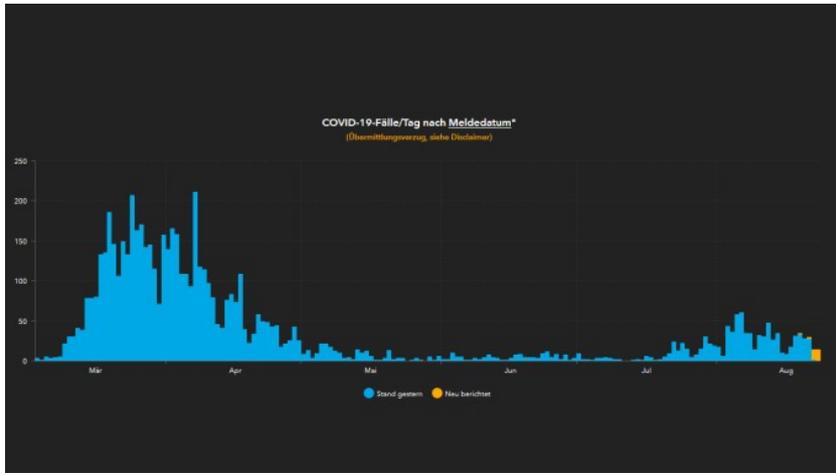
Bouffier hält es für unsinnig, zunächst für viel Geld Testmöglichkeiten zu schaffen, die Menschen, die sie nutzen könnten, aber erst einmal nach Hause zu schicken, damit sie sich eine Woche später testen ließen. Der hessische Gesundheitsminister Kai Klose (Die Grünen) vertritt die gegenteilige Auffassung. Er ließ dieser Zeitung am Dienstag schriftlich mitteilen, dass er „die vom Bundesgesundheitsminister gestern vorgeschlagenen Änderungen bezüglich der Tests von Reiserückkehrern grundsätzlich befürwortet“ habe. Damit wird in der Corona-Strategie der Landesregierung erstmals ein signifikanter Widerspruch erkennbar. Organisation, Führung und Kommunikation des Gesundheitsministeriums werden in Regierungskreisen seit einiger Zeit mit Sorge betrachtet.

### **Ministerpräsidenten teilweise weit auseinander**

Verbindliche Entscheidungen kann allerdings nur die Konferenz mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder fällen. Von der für Donnerstag anberaumten Telefonschleife erwartet Bouffier nach eigenem Bekunden keine gravierenden Beschlüsse. Die Positionen der Ministerpräsidenten lägen teilweise weit auseinander, weil die Pandemie sich in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich entwickle.

Schon seit vergangener Woche führt Hessen im Bundesvergleich die Statistik der Neuinfektionen je 100.000 Einwohner an. Dabei sind die absoluten Zahlen mit 152 Neuinfektionen von Montag zu Dienstag und 1073 Neuinfektionen binnen einer Woche nicht so hoch wie in Nordrhein-Westfalen mit 2018 Neuinfektionen binnen Wochenfrist, Bayern (1835) und Baden-Württemberg (1450). Der höchste Zuwachs an Neuinfektionen von Montag auf Dienstag wird mit 353 aus Bayern gemeldet.

 Die Online-Flatrate: F+



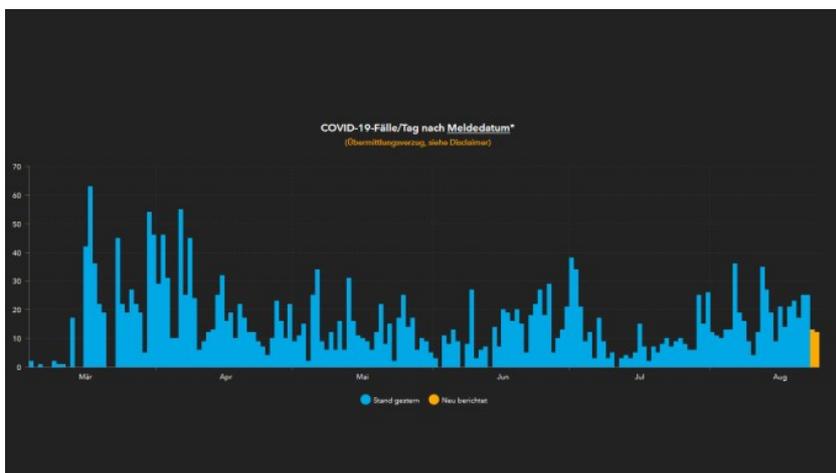
© Screenshot RKI

Belegung: Die Corona-Kurve für Hamburg zeigt einen leichten Anstieg seit gut drei Wochen, aber längst nicht so viele Meldungen wie im Frühjahr

Doch konzentriert sich das Infektionsgeschehen in Hessen zur Zeit stark auf die Rhein-Main-Region. So meldet Hanau mehr als 63 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner binnen Wochenfrist, in Offenbach waren es laut Bulletin des Sozialministeriums 54,5, in Wiesbaden 40,9 und in Frankfurt 31,4. Auch der Kreis Groß-Gerau liegt mit 30,1 über dem ersten Schwellenwert, wobei das Infektionsgeschehen dort vor allem im nördlichen Teil mit Rüsselsheim hoch ist.

### Auch Feiern spielen eine Rolle

Doch während sich in Offenbach die Neuinfektionen überwiegend auf Reiserückkehrer beschränken – von den 74 Neuinfektionen waren laut Stadt 56 Reiserückkehrer, 14 deren Kontaktpersonen und in vier Fällen ließ sich die Ansteckung nicht nachverfolgen –, spielen in den anderen Gebieten auch Feiern eine wesentliche Rolle. Ursache für den jüngsten Anstieg in Wiesbaden ist nach Angaben des dortigen Gesundheitsamts eine marokkanische Hochzeitsfeier, die vor einer Woche nicht in der Stadt selbst, sondern in Mainz gefeiert worden war.



© Screenshot RKI

Stabilität: Aus Düsseldorf werden in diesen Wochen in etwa so viele neue bestätigte Covid-19-Fälle gemeldet wie seit Mitte Mai; ein steiler Anstieg ist nicht zu sehen

Wissenschaftler aus Aachen und Frankfurt. So könnte ein Frühwarnsystem entstehen, das auch asymptomatisch Erkrankte erfasst.

Biochemiker und Virologen von Goethe-Universität und Universitätsklinikum Frankfurt haben zudem herausgefunden, dass Krebsmedikamente die Vermehrung von SARS-CoV-2 in Zellen bremsen können. Dabei werden die Kommunikationswege der Zellen unterbunden. Das Verfahren ließen sich die Frankfurter Wissenschaftler patentieren.

Quelle: F.A.Z.

Die Schwierigkeit für die Ermittler lag darin, dass von den Infizierten zunächst keine genauen Angaben zu ihren Kontaktpersonen vorlagen. Es habe Tage gedauert, bis dem Gesundheitsamt eine unvollständige Gästeliste vorlag. In dieser Zeit waren die Hochzeitsgäste nicht in Quarantäne, sondern gingen ihren Alltagsbeschäftigung nach, und sie trafen weitere Freunde und Familienmitglieder. Laut Gesundheitsamt mussten deshalb mehrere Schulklassen unter Quarantäne gestellt werden, auch die Kantine der Wiesbadener Entsorgungsbetriebe ELW.

### **„Zwangabsonderung“ bei Quarantäneverweigerung**

Für Gesundheitsamtsleiterin Kaschlin Butt ist offenkundig, dass auf der Feier die Abstands- und Hygieneregeln nicht eingehalten wurden. Weil die Feier in Mainz war, muss zunächst geprüft werden, ob die Wiesbadener Gäste mit Bußgeldern belegt werden können. Butt verweist darauf, dass solche Bußgelder bei einer Behinderung der Ermittlungsarbeit und der damit einhergehenden Gefährdung für die Bevölkerung verhängt werden könnten. Bei Quarantäneverweigerung, wie sie in einzelnen Fällen beobachtet worden sei, könne das Gesundheitsamt eine „Zwangabsonderung“ anweisen.

Auch der stellvertretende Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts, Antoni Walczok, kritisiert Bürger, die nicht auf ausreichend Abstand achten, Hygieneregeln wie häufiges Händewaschen übergehen und keine Alltagsmaske tragen. Dies sei kein Phänomen bestimmter Bevölkerungsschichten und auch nicht auf gewisse Stadtteile konzentriert, hebt er hervor.

Wegen des Anstiegs waren in den betroffenen Regionen die Corona-Einschränkungen wieder verschärft worden. So dürfen vielerorts nur noch fünf Menschen aus maximal zwei Haushalten in der Öffentlichkeit zusammenkommen, auch für Veranstaltungen sind nicht mehr 250 sondern nur noch 50 beziehungsweise 100 Teilnehmer zugelassen. Außerdem müssen Schüler auch im Unterricht Mund-Nasen-Bedeckungen tragen. Darüber wird vor allem in Frankfurt gestritten. Die Maskenpflicht, die dort seit Beginn der Woche für 14 Tage an weiterführenden Schulen gilt, führte am Montagabend zu einer Debatte in einer Stadtverordnetensitzung. Susanne Kern vom Bündnis „Familien in der Krise“ kritisierte, dass manche Kinder acht Stunden am Stück Maske tragen müssten. Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD) wies darauf hin, dass Schüler statt einer Stoffmaske auch ein Visier aus Plexiglas tragen dürften.



Während die Politiker über das richtige Vorgehen streiten, ist die Wissenschaft mit ihren Erkenntnissen über das Coronavirus weitergekommen. Ein Team der Technischen Universität Darmstadt hat herausgefunden, dass sich aus dem Abwasser der Städte die Entwicklung der Corona-Infektionen schneller herauslesen lässt, als das bisher auf der Basis offiziell bestätigter Fälle möglich ist. Mit einem ähnlichen Projekt befassen sich